

Christlich-liberale Koalition senkt Neuverschuldung

Deutschland Vorbild für Europa

Versprochen, gehalten: Auch 2012 wird die christlich-liberale Koalition die Schuldenbremse einhalten. Die Neuverschuldung geht stark zurück, die Investitionen in die Zukunft steigen an. So wird der Haushalt für Bildung und Forschung um zehn Prozent zulegen.

Die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Erfolge der christlich-liberalen Regierungskoalition zahlen sich immer stärker aus. Das zeigten die intensiven Haushaltsberatungen der vergangenen Tage in Berlin. Die Rekordbeschäftigung ermöglicht nicht nur die wiederholte Einhaltung der Schuldenbremse, sondern auch intensive Investitionen in die Zukunft. So wird der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im kommenden Jahr mehr als zwölf Milliarden Euro schwer sein – das bedeutet einen Zuwachs von mehr als zehn Prozent. Union und FDP machen damit ihr Versprechen wahr, die „Bildungsrepublik Deutschland“ auf den Weg zu bringen.

Gleichzeitig fällt die Neuverschuldung deutlich niedriger aus als noch zuletzt angenommen. Immer mehr Menschen profitieren mit ihren Familien von neu entstandenen Arbeitsplätzen. Das ermöglicht mehr Steuereinnahmen und macht weniger Sozialausgaben erforderlich. Bei der Einbringung des Haushaltsgesetzes betonte auch Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble am Dienstag: „Durch konsequenten Defizitabbau und durch Stärkung des Vertrauens in die deutsche Volkswirtschaft haben wir mehr Investitionen erreicht und damit mehr Wachstum generiert.“ Nach aktuellem Stand muss die Nettokreditaufnahme im kommenden Jahr höchstens 27,2 Milliarden Euro betragen; für 2011 war vor einem Jahr noch mit einer Neuverschuldung von über 48 Milliarden Euro gerechnet worden.

Damit schreitet die Erholung der deutschen Wirtschaft nach der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen wesentlich schneller voran als zunächst prognostiziert. Den mehr als fünfprozentigen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in 2009 hat die deutsche Wirtschaft bereits wettgemacht. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hob in der Generaldebatte vom Mittwoch hervor, dass alleine in den vergangenen zwei Jahren eine Million sozialversicherungspflichtige Stellen entstanden seien. Die Bundeskanzlerin hatte zu Beginn der Legislaturperiode angekündigt, den Einbruch der Wirtschaftsleistung bis 2013 aufzuholen. Gleichzeitig hatte sie zugesichert, dass Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgehen werde. Beide Ziele, so betonte die Bundeskanzlerin vor dem Deutschen Bundestag, seien bereits erreicht.

Nun gehe es darum, dass nach Deutschland auch Europa gestärkt aus der Krise hervorgehen werde, betonte die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Gerda Hasselfeldt, im Einklang mit der Bundeskanzlerin. Ebenso argumentierte Schäuble, der darauf hinwies, dass der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands weiterhin von der Stabilität des Euro abhängt. In der Tat gehen rund 60 Prozent der Ausfuhren der stark exportabhängigen deutschen Wirtschaft in das europäische Ausland. Vor diesem Hintergrund sprach sich Frau Hasselfeldt auch für eine verantwortungsvolle Politik zur Euro-Stabilisierung aus (siehe Seite drei).

Stabilität statt
Schulden

Sehr geehrte Damen und Herren,

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mittwoch machte drei Dinge deutlich: Erstens stärkten die obersten Richter die Macht des Parlaments. Zweitens erklärten sie die Maßnahmen der Koalition zur Stabilisierung unserer Währung für eindeutig verfassungsgemäß. Drittens sprach sich das Gericht gegen die von Rot-Rot-Grün gewünschten Euro-Bonds aus. Eine gesamtschuldnerische Haftung darf es in Europa demnach nicht geben. Ich begrüße diese wichtigen Richtungsentscheidungen.



Entschlossenes Handeln in schwieriger Zeit: Bereits vergangene Woche hat sich die christlich-liberale Koalition darauf geeinigt, wie sie eine – inzwischen vom obersten Gericht auch ausdrücklich geforderte – intensive parlamentarische Mitwirkung bei künftigen Maßnahmen zur Euro-Stabilisierung garantieren wird. Nur einen Tag nach dem Karlsruher Urteil brachten Union und FDP ein Gesetz in den Deutschen Bundestag ein, mit dem diese Garantie festgeschrieben werden soll. Demnach bedürfen alle Bürgschaften für Euro-Staaten der Zustimmung unseres Parlaments.

In der entsprechenden Plenardebatte forderte SPD-Chef Gabriel unter Verweis auf zwei SPD-Wirtschaftspolitiker der 1970er-Jahre selbstverliebt mehr „Schiller und Schmidt“. Daraufhin stellte ein CDU-Kollege eine Zwischenfrage: Ob Gabriel wisse, dass Finanzminister Karl Schiller zurück- und aus seiner Partei ausgetreten sei, weil er die SPD-Verschuldungspolitik nicht weiter mittragen wollte? Und ob Gabriel bekannt sei, dass unter der Verantwortung Helmut Schmidts sowohl die Inflation als auch die Arbeitslosigkeit rasant angestiegen waren? Gabriel war perplex. Einmal mehr wurde deutlich: Für Währungsstabilität und Wirtschaftswachstum sorgt am besten die Union.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hans-Peter Uhl MdB

Ilse Aigner stärkt die Landwirte

Agrarpolitik im Mittelpunkt

Mit ihrem Haushalt für 2012 legt Bundesministerin Ilse Aigner eine verlässliche Grundlage für eine zukunftsfähige Agrar- und Verbraucherpolitik. Ausgaben von über fünf Milliarden Euro sichern nicht nur das hohe Niveau der landwirtschaftlichen Sozialpolitik, sondern auch die stärkere Förderung wichtiger Forschungsprogramme.

Union und FDP stehen geschlossen hinter dem Haushalt der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Die Koalitionsfraktionen unterstützen Ilse Aigners Kurs, der sozialen Absicherung der Landwirte mit 3,8 Milliarden Euro fast zwei Drittel ihrer Ausgaben zu widmen. So wird dieser Schlüsselbereich der nationalen Agrarpolitik weiterhin aktiv vorangetrieben. Unter anderem investiert Ilse Aigner im Vergleich zum Vorjahr 42,5 Millionen Euro zusätzlich in die landwirtschaftliche Krankenversicherung – ein Plus von 3,4 Prozent. Ein weiterer



Schwerpunkt des Engagements von Frau Aigner wird 2012 auf der Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes liegen. Im Bundestag fand dieser Weg zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Betriebe breite Unterstützung. Redner von Union und FDP würdigten ihn als wichtigen Beitrag zum Erhalt der Attraktivität der ländlichen Räume.

Für den Verbraucherschutz wird Frau Aigner im kommenden Jahr insgesamt 148,6 Millionen Euro ausgeben. Der leichte Rückgang gegenüber dem Vorjahr war seit

Längerem vorgesehen und geht vor allem auf die planmäßige Rückführung der Zuschüsse zur Erhöhung des Stiftungskapitals der Stiftung Warentest zurück. Frau Aigner plant, sich auch künftig als Verbraucherschutzministerin für eine Stärkung des gesundheitlichen Schutzes aller Konsumenten einzusetzen.

Auf breite Zustimmung stieß auch Frau Aigners Vorhaben, die Bereiche Forschung und Innovation weiter zu stärken. Durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel zum Ausbau der nachhaltigen Bioenergienutzung leistet ihr Haus außerdem einen Beitrag zur Energiewende.

Diese Woche

| | |
|---|---|
| Christlich-liberale Koalition senkt Neuverschuldung Deutschland Vorbild für Europa | 1 |
| Ilse Aigner stärkt die Landwirte Agrarpolitik im Mittelpunkt | 2 |
| Peter Ramsauer verbessert Infrastruktur Investitionen in Deutschlands Zukunft | 2 |
| Generaldebatte über den Kanzlerhaushalt „Schuldenabbau und Wachstum sind keine Gegensätze“ | 3 |
| Hans-Peter Friedrich stärkt die Innere Sicherheit und erhöht die Effizienz Schutz gegen konventionelle und neue Bedrohungen | 4 |
| Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellt Zukunftsfragen Bekenntnis zu den christlichen Wurzeln | 4 |

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Peter Ramsauer verbessert Infrastruktur

Investitionen in Deutschlands Zukunft

Die christlich-liberale Koalition investiert in Deutschlands Zukunft. Verkehrsminister Dr. Peter Ramsauer verwaltet dabei nicht nur den drittgrößten Einzelhaushalt, sondern mit 13,7 Milliarden Euro auch den größten Investitionshaushalt unter allen Ministern.

Dr. Peter Ramsauers Einsatz hat sich gelohnt: Trotz strenger Haushaltsvorgaben wurde sein Etat für 2012 um rund 100 Millionen Euro erhöht. Traditionell kommt dem Haushalt des CSU-geführten Ministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eine große konjunktur- und beschäftigungspolitische Bedeutung zu. Die Verkehrsinvestitionsausgaben übersteigen mit zehn Milliarden Euro den Stand von vor der Wirtschaftskrise. Davon entfallen gut fünf Milliarden auf die Bundesfernstraßen; etwa 1,67 Milliarden Euro werden für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden eingesetzt. Zehn Millionen Euro hat der Bund zur Verfügung, um die Verkehrssicherheit in Deutschland weiter zu verbessern. Für die Schiene werden im kommenden Jahr rund vier Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Der Erhalt bestehender Infrastruktur hat dabei Priorität vor dem Neubau.

Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro stehen allein für die Lärmsanierung zur Verfügung. Für den Ausbau und Substanzerhalt der Wasserstraßen hat das Ministerium knapp 900 Millionen Euro eingeplant.



Die Mittel für die Städtebauförderung stiegen inklusive eines neuen Programms zur energetischen Stadtsanierung auf 502 Millionen Euro. Die Mittel für die energetische Stadtsanierung sollen dabei bis 2015 von 92 auf 150 Millionen Euro steigen. Die Mittel für erfolgreiche CO₂-Gebäudesanierungsprogramme, mit denen Ramsauer einen wichtigen Beitrag für Umweltschutz und den weiteren Aufschwung leistet, werden von 936 Millionen auf 1,5 Milliarden Euro erhöht. Die Wohnungsbauprämie bleibt trotz rigider Sparvorgaben in voller Höhe erhalten. Insgesamt sind hier für das kommende Jahr Ausgaben von 485 Millionen Euro eingeplant.

Generaldebatte über den Kanzlerhaushalt

„Schuldenabbau und Wachstum sind keine Gegensätze“

In der Debatte über den Etat des Bundeskanzleramtes, die traditionell zur Generalaussprache über die Politik der Regierung genutzt wird, sprach am Mittwoch Gerda Hasselfeldt für die CSU. Der Brief aus Berlin dokumentiert die vielbeachtete Rede, in der die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag auch auf die Schuldenkrise einiger europäischer Staaten einging, in Auszügen.

Haushaltsdebatten, so sagt man, sind die Stunde der Opposition. Da hat sie die Möglichkeit, Alternativen vorzulegen und Visionen zu entwickeln. Diese Chance, diese Gelegenheit hat die Opposition heute aber nicht genutzt. Das ist eindeutig.

Diese Debatte findet in Zeiten großer Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten statt. Gerade in dieser schwierigen Zeit setzt unser Haushalt notwendige und richtige Akzente, und zwar in zweierlei Hinsicht: Zum Ersten wird deutlich, dass Schuldenabbau und Wirtschaftswachstum keine Gegensätze sind, sondern zusammengehören und dass beides möglich ist. Zum Zweiten wird klar: Was Deutschland kann, muss auch Europa können. Als Vorreiter beim Schuldenabbau setzen wir hier wichtige Zeichen. Dafür möchte ich der Bundeskanzlerin ganz herzlich danken!

Dass wir besser dastehen als vor der Krise, war und ist nicht selbstverständlich, sondern liegt an einer riesigen Gemeinschaftsleistung der Menschen im Land, der Wirtschaft, der Arbeitnehmer, aber auch der verantwortlichen Regierung. Gleichzeitig nehmen wir die Sorgen der Menschen ernst. In Bezug auf unsere gemeinsame Währung können wir feststellen: Der Euro ist stabiler, als die D-Mark es war. Wir haben im Durchschnitt eine niedrigere Inflationsrate und der Euro hat insbesondere in Deutschland zu mehr Wachstum und Wohlstand geführt.

Unsere heutigen Probleme resultieren aus der Aufnahme Griechenlands in den Euro-Raum. Wir haben damals davor gewarnt. SPD und Grüne haben leichtfertig zugestimmt. Das war der erste Sündenfall. Als zweiter

Sündenfall kam das Aufweichen der Stabilitätskriterien hinzu, weil SPD und Grüne selbst nicht willens waren, sie einzuhalten.



Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Gerda Hasselfeldt, lobte in ihrem Beitrag zur Generaldebatte über den Kanzleretat alle Deutschen. Der Aufschwung sei ein gemeinsames Verdienst der Wirtschaft, der Arbeitnehmer und der Regierung.

Was wir nun in dieser schwierigen Lage brauchen, ist ein konsequenter Schuldenabbau. Wir sind hierbei auf einem sehr guten Weg. Zweitens brauchen wir eine stabilitätsorientierte Politik in jedem der Euro-Länder. Drittens brauchen wir wettbewerbsfähige Strukturen in ganz Europa.

Die von der Opposition vorgeschlagenen Euro-Bonds sind dagegen ein völlig falscher Weg. Die Länder, die gut wirtschaften und eine hohe Bonität haben, würden dann einen höheren Zinssatz zu bezahlen haben. Gleichzeitig würde der Druck auf die anderen Länder, sich stabilitätskonform zu verhalten, wegfallen. Wir brauchen keine Schuldenunion, sondern eine Stabilitätsunion. Die Vorschläge, die die Bundeskanzlerin auf europäischer Ebene mit dem französischen Staatspräsidenten eingebracht hat, sind der richtige Weg. Es geht um die Verankerung von Schuldenbremsen auch in anderen europäischen Ländern und

um die intensivere Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik auf europäischer Ebene.

Zu bewerkstelligen bleibt noch die Parlamentsbeteiligung. Die Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen haben schon hervorragende Vorarbeit geleistet und sich die Mühe gemacht, die einzelnen Schritte genau durchzudeklinieren, so dass wir die Parlamentsbeteiligung mit den Oppositionsfraktionen abstimmen können und dann hoffentlich mit einer breiten Mehrheit im Parlament zu einem guten Ergebnis kommen werden.

Dass Deutschland große Verantwortung hat, sieht und spürt jeder. Wir sind für viele Länder Vorbild bei der Schuldenbremse und Vorbild bei Strukturreformen.

Die Schuldenbremse ist nicht nur aktuell wichtig; sie bringt vielmehr zum Ausdruck, was seit Jahren das Markenzeichen dieser Regierung ist: Es ist das Bemühen um Generationengerechtigkeit und um Nachhaltigkeit, und zwar nicht nur in der Umweltpolitik und in der Sozialpolitik, sondern auch in der Finanzpolitik. Das kommt im Haushalt zum Ausdruck – Rückführung der Neuverschuldung –, aber auch im Ergebnis unserer Politik. Das zeigt die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen. Nachdem wir fünf Millionen Arbeitslose zu Beginn unserer Regierungszeit übernommen haben, sind wir jetzt bei unter drei Millionen.

Unser Ansatz, Schulden abzubauen, Wachstum zu fördern und die Betroffenheit der Menschen nicht aus den Augen zu verlieren, war erfolgreich. Auf diesem Weg werden wir weitergehen und unsere Arbeit fortsetzen.

Hans-Peter Friedrich stärkt die Innere Sicherheit und erhöht die Effizienz

Schutz gegen konventionelle und neue Bedrohungen

Zehn Jahre danach: In seiner Haushaltsrede zog Dr. Hans-Peter Friedrich wichtige Schlussfolgerungen aus den schrecklichen Ereignissen des 11. September 2001. Neuesten Bedrohungen tritt er mit dem Aufbau eines Cyber-Abwehrzentrums entschlossen entgegen.

Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich erwartet nicht, dass sich Terroranschläge in der Größenordnung vom 11. September 2001 derzeit wiederholen lassen. In einem Interview mit der „Saarbrücker Zeitung“ sagte er: „Die Bedingungen waren damals andere.“ Die Festnahme zweier mutmaßlicher Terroristen am Donnerstag in Berlin bestätigte Friedrichs Einschätzung von Beginn der Woche, nach der die Bedrohung aber real bleibe und die größte Gefahr von Einzeltätern ausgehe. In seiner Haushaltsrede vor dem Deutschen Bundestag verwies er außerdem auf neue Herausforderungen in der Terrorabwehr. So sei etwa die Vielfalt des Terrors während der letzten zehn Jahre zusätzlich gewachsen. Gleichzeitig beschrieb Friedrich, wie mit modernsten Mitteln ausgeführte Cyber-Attacken die Sicherheit Deutschlands gefährden könnten. Vor diesem

Hintergrund hatte sich Friedrich erfolgreich für den Aufbau eines nationalen Cyber-Abwehrzentrums stark gemacht.

Der Etat des Bundesinnenministeriums für 2012 beträgt 5,5 Milliarden Euro – ein Plus von 1,2 Prozent. Weit mehr als die Hälfte dieser Summe fließt in den Ausbau der Inneren Sicherheit. Um die Sicherheitsarchitektur in Deutschland effizienter zu machen, plant der Innenminister, die Beamten der Bundespolizei und Bundeskriminalamt gemeinsam auszubilden. So könnten die Beamten optimal auf neue Sicherheitsbedrohungen vorbereitet werden; gleichzeitig würden wichtige Haushaltsmittel eingespart. Bei dieser Gelegenheit lobte Friedrich vor dem Deutschen



Bundestag den Einsatz der Sicherheitskräfte in der ganzen Republik: Ihr „Bewusstsein, an der Gestaltung des Gemeinwesens mitzuwirken, trägt zum hohen Arbeitsethos in unserem öffentlichen Dienst bei. Die Beamten und auch die Angestellten des öffentlichen Dienstes insgesamt verdienen unsere Wertschätzung.“

Friedrich versteht die Innere Sicherheit aber auch als wichtige Aufgabe der Europäischen Union. In Bezug auf das Schengen-Abkommen äußerte er, dass es innerhalb Europas Grenzkontrollen nur auf Grundlage entsprechender Gesetze geben könne. Hinsichtlich der Aufnahme Rumäniens und Bulgariens hatte sich Friedrich bereits zu Beginn der Woche für eine moderate Stufenlösung ausgesprochen: „Ein sofortiger Schengen-Vollbeitritt kommt derzeit nicht in Frage.“

Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellt Zukunftsfragen

Bekenntnis zu den christlichen Wurzeln

Bereits vor der ersten Sitzungswoche des neuen Parlamentsjahres kam der Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu seiner jährlichen Klausurtagung zusammen. Dabei wurden wichtige Leitlinien zur engeren Einbindung des Parlaments in die Euro-Rettung beschlossen.

Für die Mitglieder des Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion begann das neue Parlamentsjahr bereits vor den Haushaltsberatungen dieser Woche. Am vergangenen Mittwoch und Donnerstag stand neben dem Euro-Rettungsschirm der Bundeshaushalt für das kommende Jahr, eine Zwischenbilanz zur Finanzmarktstabilisierung sowie ein Forderungskatalog zur Sicherheitslage in Großstädten im Mittelpunkt.

Die Parlamentarier verständigten sich auf die Grundlinien einer neuen Regelung zur stärkeren

Mitbestimmung des Deutschen Bundestages bei künftigen Maßnahmen

zur Euro-Stabilisierung. Doch es ging auch um grundsätzliche Fragen:



Im Gespräch mit Gerda Hasselfeldt hob der Vorsitzende der ungarischen Regierungsfraktion, János Lázár, am Dienstag Stabilität in Wirtschaft und Gesellschaft als Ziele seiner Partei hervor. Schritte dorthin seien die Neuordnungen in der Wirtschaft, des Rentensystems und der Verfassung.

So diskutierte die Fraktionsspitze über die Fundamente der C-Parteien. Dabei wurde deutlich: Die übergroße Mehrheit der Deutschen schätzt die christliche Prägung unseres Landes. Bereits am 19. September wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen weiteren Kongress einrichten, der sich mit den politischen Konsequenzen ihrer christlichen Wurzeln auseinandersetzt. Leser des Briefs aus Berlin können sich unter veranstaltungen.cducsu.de zu dieser Veranstaltung anmelden.